

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen- und für Anwerbende die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Redaktionskommission für Anzeigen aus Aue und umliegenden Gegenden in Gottleben, unter Leitung des Herrn Dr. Gottleben, Redaktionskommission 1. Gottleben, sämtliche Teile des Erzgebirges.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 110

Donnerstag, den 13. Mai 1926

21. Jahrgang

Luther der Krisenmacher.

Antrag des Zentrums. — Rülz und Reinhold bereit zum Rücktritt.

Die Luft hängt voller Krisen. — Mißtrauensanträge, Beratungen, Unruhe, Kampf. — Diesen ganzen Tumult hat Luther mit der Flaggenverordnung heraufbeschworen, die er plötzlich, unerwartet und unorbetretet, auf die politische Bühne warf. Scheinbar waren es dem Reichskanzler nicht genug Risse zu machen! Anderen mag die Arbeitslosigkeit, die unheilbare wirtschaftliche Lage genügen. Auch die Außenpolitik dürfte ein Kabinett voll und ganz beschäftigen. Luther jedoch fühlt sich nicht wohl, er mußte neue Verwirrung, neuen Tumult, neue Verheerung heraufbeschwören. Ein kluger Politiker hätte den Boden für derartige Schritte sorgfältig sondiert. Ein Politiker a la Luther dagegen pfeift auf die öffentliche Meinung, verkümmert sie durch aus und schießt seine Flaggenverordnung ab.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Fragenfrage dringend der Aenderung bedarf. Die Zustände sind unhaltbar, da sie das Ansehen Deutschlands in der Welt herabsetzen. Das deutsche Volk soll sich entscheiden, und diese Entscheidung, wie sie auch ausfällt, muß dann unbedingt durchgeführt werden. — Aber klar dürfte es sein, daß eine derartige Entscheidung nicht auf diese plumpe Art des Herrn Luther herbeigeführt werden kann, ohne die schwersten inneren Kämpfe nach sich zu ziehen. Ruhe und tatkräftige Arbeit fehlt uns aber vor allem.

Flaggenrede im Reichstag.

Berlin, 11. Mai. Nach Eröffnung der Sitzung ergreift Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) das Wort. Er begründet die

sozialdemokratische Interpellation

die sich gegen die Flaggenverordnung vom 6. Mai wendet. Diese Interpellation, so betont der Redner, ist nicht gegenstandslos geworden durch die neue Vereinbarung des Reichskanzlers mit den Regierungsparteien, daß der Flaggenverlaß zwar nicht zurückgenommen wird, aber praktisch bis zum 1. August nicht in Kraft gesetzt werden soll. (Hört, hört! rechts.) Wir stellen mit Benützung den Rückzug des Reichskanzlers fest und würden vielleicht auch dem stehenden Gegner goldene Brücken bauen, aber schließlich besteht doch die Verordnung noch zu Recht, und es ist nicht recht einzusehen, wie das angekündigte Flaggengefeß zustande kommen soll, da es doch die zu Verfassungsänderungen erforderliche Mehrheit braucht. Art. 3 der Verfassung, der Schwarz-Weiß-Gold als die Reichsfarben festlegt, müßte bei Annahme eines solchen Gesetzes doch geändert werden. Inhalt und Entstehungsgeschichte bleiben unberührt. Der Reichskanzler hat zunächst erklärt, der Flaggenverlaß habe gar keine politische Bedeutung. Herr Reichskanzler, Sie sind zu allem möglichem fähig aber zu einem solchen Maß der Harmlosigkeit doch nicht. (Heiterkeit.) Damit im Widerspruch steht die spätere Erklärung des Reichskanzlers, daß der Verlaß sich nicht gegen Schwarz-rot-gold, sondern eigentlich gegen Schwarz-weiß-rot richte. Entweder der Reichskanzler hat den Freunden von Schwarz-Weiß-Rot entgegenkommen wollen, dann bringen wir ihm Mißtrauen entgegen. Unser Mißtrauensvotum wird wahrscheinlich abgelehnt werden, aber der Herr Reichskanzler soll sich darüber nicht täuschen. Auf die Dauer kann man von abgelehnten Mißtrauensvoten nicht leben.

Luther verteidigt.

Der Reichskanzler hatte sich scheinbar vorgenommen, seinen Posten erst dann zu verlassen, bevor er sich gänzlich lächerlich gemacht hat. Er hält eine ekelhafte Rede, die er besser vor 14 Tagen gehalten, um seine Flaggenverordnung zu verteidigen. Mit starker Betonung rief er in das Haus, daß die Flaggenverordnung bleibe und durchgeführt werde. Und dann fing er in merkwürdig gewundenen Sätzen an, davon zu erzählen, daß die Anwendung der Flaggenverordnung überall in der ganzen Welt zum gleichen Zeitpunkt erfolgen müsse, daß die Regierung sich aber nicht auf die Zuberlässigkeit der Briefpost verlassen dürfe und deshalb einen ausreichenden Zeitraum gewähren müsse, bis es absolut gewiß sei, daß die Anweisung auch an die entferntesten ausländischen Missionen im Auslande

gelangt sei. Das Haus konnte sich nicht halten. So viel Ungeschicklichkeit zwang zum Lachen, auch wenn man stark das Weinscheit dieser Situation empfand, daß ein deutscher Reichskanzler nicht die Courage hatte, sich offen und ehrlich zu einem politischen Kompromiß zu bekennen, das er abgeschlossen hatte, um eine Regierungskrise zu vermeiden. Es wäre männlich gewesen und hätte der Autorität der Regierung keinen Abbruch getan. Vielleicht hört Herr Luther auch einmal etwas Kundfunk und Telegraph!

Dieses Stückchen zeigt den augenblicklichen Reichskanzler in seiner Hilflosigkeit. Anstatt ehrlich sich zu einer Farbe zu bekennen und ehrlich eine Entscheidung zwischen „Schwarz-rot-gold“ und „Schwarz-weiß-rot“ herbeizuführen, geht er Schlechwege, die zur Krise führen müssen.

Ein Antrag des Zentrums.

Scharfe Worte für diese Politik des Kanzlers findet auch der Redner des Zentrums, der ehemalige Postminister Giesberts. Nachdem er noch gegen die Herabsetzung der Schwarz-rot-goldenen Fahne sich gewandt hatte, verliest er einen von der Zentrumsfraktion beschlossenen Antrag, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Verhalten der Reichsregierung in der Flaggenfrage entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages. Angesichts des in der Erklärung des Reichspräsidenten betonten Festhaltens an den verfassungsmäßigen Farben und der von ihm ausgesprochenen Absicht, die Flaggenfrage einer endgültigen ausgleichenden Regelung zuzuführen, beschließt der Reichstag die baldige Einsetzung eines Ausschusses zum Zwecke einer Lösung, die dem Frieden dient und eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Farben ausschließt.“

Berlin, 11. Mai. Die demokratische Reichstagsfraktion hielt am Dienstagabend eine vierstündige Fraktions-sitzung ab, die erst 12 Uhr nachts ihr Ende fand. Sie beschloß folgende beiden Anträge zur Flaggenfrage einzubringen:

1. Der Reichstag begrüßt die vom Herrn Reichspräsidenten in seinem Schreiben an den Reichskanzler gegebene Anregung, alle Kräfte zur Lösung der Einheitsfrage in verständigem Sinne einzusetzen. 2. Der Reichstag m'billigt die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggenfrage eine Gefährdung dieser Frage erschweren und in einer so schweren Zeit einen neuen Konflikt heraufbeschworen hat.

Wie von demokratischer Seite mitgeteilt wird, hat die Fraktion sich zu diesen Anträgen äußerst schmer entschlossen. Die Mehrheit der Fraktion war aber der Anschauung, daß die Schuld an dieser Krise der Reichskanzler zu tragen hat. Der Fraktionsredner Koch wird in seiner Rede am Mittwoch betonen, daß er eine Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler auf Grund der vorliegenden Beschlüsse nicht mehr für möglich hält.

Wie W.D. aus demokratischen Kreisen hört, werden die demokratischen Reichsminister aus dem Kabinett zurückgezogen werden, aber erst nach der Abstimmung. Dies gilt auch von dem Finanzminister Dr. Reinhold, der vielfach als Fachminister angesehen wird. Auf den Reichswehrminister bezieht sich diese Entscheidung nicht, da dieser nicht von der Fraktion gestellt ist. Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß ferner, da sie nun einen eigenen Mißtrauensantrag eingebracht hat, nicht für den sozialdemokratischen zu stimmen, wohl aber für den Zentrumsantrag.

Die für Dienstagabend vorgesehene Fraktions-sitzung der Deutschnationalen, in der sie ihre Stellung gegenüber der zweiten Rede des Reichskanzlers festlegen wollten, ist, wie das W.D.-Büro meldet, auf Mittwoch vormittag vertagt worden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages tritt ebenfalls am Mittwoch vormittag zusammen.

Wie das Berliner Tageblatt hört, haben die beiden Minister Dr. Rülz und Dr. Reinhold in der Fraktions-sitzung der Demokraten nach dem Beschluß der Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler einzubringen, die Erklärung abgegeben, daß sie nach der Abstimmung im Plenum des Reichstages sofort dem Reichskanzler ihre Vertretung zur Verfügung stellen werden und für sie eine Mitarbeit im Kabinett Luther nicht mehr in Frage kommt.

Verhandlungen in England.

Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes verließ das Hauptquartier des Generalrates des Gewerkschaftskongresses um 11 Uhr nachts. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes erklärte, die Lage sei unverändert. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses vertagte sich kurz nach 12 Uhr nachts. Es wurde keine Mitteilung ausgegeben. In-

zwischen hatten der Premierminister und andere Regierungsmitglieder nach einer Sonder-sitzung des Kabinetts im Unterhaus, die über 1 1/2 Stunden dauerte, den ganzen späten Abend in Downing-Street konferiert. Es verlautete, daß heute eine Zusammenkunft zwischen Vertretern des Kabinetts und dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses stattfinden sollte. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses und der Bergarbeiter werden ihre Erörterungen heute vormittag fortsetzen.

Der zweite Tag in Genf.

Eine Rede Hoersch's.

Genf, 11. Mai. In der heutigen Sitzung des Prüfungsausschusses für die Zusammensetzung des Rates sprach als erster Redner der belgische Senator de Brocquere. Nach längeren Betrachtungen über die grundsätzliche und praktische Bedeutung der Einstimmigkeitsklausel sowie die Einrichtung von ständigen und nichtständigen Ratsmitgliedern, kam er zu der Schlussfolgerung, daß die Aufrechterhaltung der Einstimmigkeitsklausel immer schwieriger sein werde, und daß die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder immer höher sein müsse als die Zahl der ständigen. Im besonderen müßte, erklärte de Brocquere, bei einer späteren Erhöhung der ständigen Ratsmitglieder durch den Eintritt Deutschlands, der Vereinigten Staaten und Rußlands auf sieben, die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder auf acht gebracht werden. Er sprach sich ferner grundsätzlich dafür aus, daß die nichtständigen Ratsmitglieder jährlich neu gewählt werden sollen, gab aber zu, daß in bestimmten Fällen gewisse Gründe dafür sprechen könnten, daß ein Staat länger im Rate vertreten bleibe. Die Wiederwahl müßte aber überdies in einem solchen Falle mit der qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln oder drei Vierteln erfolgen. Der tschechoslowakische Vertreter Soverka erklärte, daß seine Regierung ohne vorgefaßte Meinung an einer jeden praktischen Lösung mitarbeiten werde, wobei allerdings radikale Aenderungen des Statutes ausgeschlossen bleiben sollen, wie das auch Lord Robert Cecil gestern verlangt habe. Bei der Zusammensetzung des Rates müßten zwei Gesichtspunkte in Rechnung gestellt werden. Einmal müßte der Rat in seiner Zusammensetzung die politischen Gruppen im Kleinen darstellen und dann müßte er unbedingt arbeitsfähig bleiben und jederzeit in der Lage sein, die in ihm und im Völkerbunde vereinten Kräfte für ein gemeinsames Ziel zusammen zu fassen.

Darauf gab Hoersch von Hoersch eine Erklärung ab, in der er etwa ausführte:

Die deutsche Regierung hat die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses unter gewissen Vorbehalten angenommen. Ich möchte die heutige Gelegenheit nicht benutzen, um auf Einzelheiten einzugehen, da Deutschland in seiner besonderen Stellung zur Beobachtung einer gewissen Reserve genötigt ist. Es ist selbstverständlich, daß ich angesichts dieser Zurückhaltung im Augenblick keine formellen Vorschläge mache. Ich behalte mir aber vor, wenn sich im Laufe der Verhandlungen bestimmte Vorschläge herauszukristallisieren beginnen, dazu Stellung zu nehmen. Aus dieser Zurückhaltung darf nicht der Schluß gezogen werden, daß Deutschland die Bedeutung der Arbeiten unterschätzt. Deutschland ist im Gegenteil von der großen Bedeutung dieser Arbeiten für die Zukunft des Völkerbundes und für die Stellung Deutschlands im Völkerbund überzeugt. Ich gebe zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen, die Deutschland erlauben werden, seinen Eintritt in den Völkerbund ohne Schwierigkeiten zu vollziehen.

Palacios-Spanien wies in einer Erklärung auf die von sieben Ratsstaaten Spanien gemachten Zusagen hin und gab in sehr entschiedener Weise der Meinung Ausdruck, daß Spanien als wichtigste neutrale Macht Anspruch auf einen ständigen Ratsitz habe. Der polnische Vertreter Sokal brachte, ohne direkt von dem Anspruch Polens auf einen Ratsitz zu sprechen, Argumente vor, die nach seiner Auffassung für eine ständige Vertretung bestimmter Staaten im Rat sprächen, sofern sie eine besondere Bedeutung für den Weltfrieden haben. Präsident Motta erklärte, im bisherigen Laufe der Debatte sei eine Bestimmung von hervorragender Bedeutung noch nicht erwähnt worden, nämlich die Bestimmung des Art. 4 des Völkerbundesstatutes, wonach jeder Staat in Fällen, in denen seine Interessen besonders berührt werden, als gleichberechtigtes Mitglied an den Beratungen des Rates teilnehmen soll. Wenn diese Bestimmung in der festeren Praxis großzügig angewendet worden wäre, so hätten wahrscheinlich weniger Staaten ihre Wünsche auf Vertretung im Rate angemeldet. Unter Berufung auf diese Bestimmung verlangt Motta, daß in dieser Hinsicht für die Zukunft Wandel geschaffen werde. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß die in solchen Fällen zugezogenen Staaten wirklich das Gefühl der Gleichberechtigung mit den übrigen Ratsstaaten erhalten und nicht nur als Zeugen vor den Rat gerufen werden.

Nach einer längeren Debatte über die Bedeutung der Einstimmigkeitsklausel im Rate, an der sich Palacios (Spanien) und Scialoja (Italien) hauptsächlich beteilig-